

Protokollverteiler: Schreibe eine E-Mail mit deiner gewünschten Empfangsadresse an protokolle-on@stura.uni-freiburg.de und folge den Anweisungen, um dich in den Protokollverteiler einzutragen.

Sitzungsort: Wilhelmstraße 26, R 00 006

Anwesende Vertreter*innen: Joel Z. (Altphilologie); Elias S. (Anglistik); Gwenda G. (Arch. + Altert.wiss.); Anna Rebecca H. (Biologie); Finn S. (Chemie); Theresa P. (EZW); Ashton S. (Geographie); Lukas K. (Geologie); Lea Sofie M. (Geschichte); Lennart A. (LAS); Laura E. (Molekulare Medizin); Valentin B. (Philosophie); Neva W. (Physik); Mattis S. (Politik); Felix D. (Rechtswissenschaften); Ali A. (SIJ); Nyla R. (TF); Lea S. (Campus Grün (1))

Abwesende Fachbereiche: Ethno-Musik; FHU; Germanistik; Kulturanthropologie; Kunstgeschichte; Mathematik; Medizin; Pharmazie; Psychologie; Romanistik; Skandinavistik; SozioGen; Sport; Theologie; Wirtschaftswissenschaften; Zahnmedizin; Campus Grün (2); Juso HSG (1); Juso HSG (2); Volt College Group Freiburg (1); Volt College Group Freiburg (2); RCDS- Die Mitte; Students for Palestine; Liberale Hochschulgruppe; CampusFit

Präsidium: Joel Z.

Protokollführung: Melissa S.

Vorstand: Chris S.

Gäste: Jule R.

Ruhende Mandate zu Beginn der Sitzung: 5

Tagesordnung

TOP 0 Formalia

- 1) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2025
- 3) Anmerkungen zur Tagesordnung

TOP 1 Berichte

- 1) Vorstandsbericht
- 2) Senatsbericht
- 3) Vorstellung Konzept Akkreditierung von Hochschulgruppen

4) Systemakkreditierung

TOP 2 Abstimmungen

1) David D. (SWFR-Verwaltungsrat)

2) Demonstration zum feministischen Kampftag am 8. März (8-März-Bündnis)

TOP 3 Bewerbungen

1) Lea S. (SVB-Gremium)

TOP 4 Sonstige Anträge

1) Umgang mit Brief der israelitischen Gemeinde

2) Rücknahme Definition zu antipalästinensischem Rassismus

3) Umwidmungsantrag 2025 (zentral) - Projekt 'Feminist Horror' (SVB-Gremium)
(Befassungszeit: 15 Minuten)

4) Kompetenzverschiebung der Restmittelvergabe für das SVB-Gremium (SVB-Gremium)

TOP 5 Termine und Sonstiges

1) Ämter in der VS und der Universität

TOP 0 Formalia

1) *Feststellung der Beschlussfähigkeit*

Die Sitzung beginnt um 18.15 Uhr.

*Es müssen mindestens 20 Mitglieder anwesend sein, da derzeit 5 **Fachbereiche** zu Beginn der Sitzung ruhen (Germanistik, Kunstgeschichte, Pharmazie, Skandinavistik, Theologie)*

*Die StuRa-Sitzung ist mit 16 anwesenden abstimmungsberechtigten Mitgliedern **nicht beschlussfähig**.*

2) *Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2025*

*Das Protokoll vom 04.02.2025 wird **nicht** genehmigt.*

3) *Anmerkungen zur Tagesordnung*

GO-Antrag: Alle Anträge die mit dem SVB-Gremium zu tun haben sollen vor den TOP Berichte gezogen werden.

Ohne Gegenrede angenommen.

TOP 1 Berichte

1) *Vorstandsbericht*

Es gibt keinen Bericht.

2) *Senatsbericht (berat. Mitglied der VS im Senat: Mattis S.) (Befassungszeit: 10 Minuten)*

Der Bericht wird vorgestellt.

TF: Gibt es ein Update zur Konferenz bezüglich der Kolonialgeschichte? Kannst du uns informieren, wenn es Neuigkeiten gibt?

Beratendes Mitglied: Das Thema wird nicht mehr direkt im Senat behandelt. Sobald die Konferenz stattfindet, werde ich Bescheid geben. Die Freigabe des Geldes beträgt 3000 Euro – es soll auf irgendwie stattfinden. Es handelte sich mehr um eine generalisierte Fassung dieses Papiers, damit das Geld freigegeben werden kann. Wie genau der konkrete Plan aussieht, ist noch ein wenig unklar. Wir hatten ja bereits im Sommer eine Vorstellung von diesem Verfahren, das hier an der Universität in Archiven zur Restitution durchgeführt werden kann.

3) *Vorstellung Konzept Akkreditierung von Hochschulgruppen (Befassungszeit: 10 Minuten)*

Der Bericht wird vorgestellt.

Gast: Also, effektiv hängt das schon von der Uni ab und nicht vom StuRa?

Vorstand: Aktuell gibt es kein Konzept. Das Einzige, was wir haben, sind die ideell unterstützten Gruppen. Diese sind nicht zwangsläufig Hochschulgruppen; ein Beispiel dafür ist Radio Dreieckland, das definitiv keine Hochschulgruppe ist. Es ist wichtig, ein Konzept zu entwickeln, das speziell auf Hochschulgruppen zugeschnitten ist, sodass es sowohl für die Universität akzeptabel ist als auch den Hochschulgruppen den Zugang zu Infrastruktur und Räumen erleichtert. Momentan ist dies bei den ideell unterstützten Gruppen nicht der Fall. Diese Gruppen müssen aktuell, wie alle anderen, den regulären Prozess der Raumvergabe an der Universität durchlaufen und abwarten, was passiert. Der Hauptvorteil eines solchen Konzepts wäre neben der Bereitstellung von Infrastruktur auch eine Vereinfachung der Raumvergabe für Hochschulgruppen. Dies müsste sowohl von uns als auch von der Universität bestätigt werden. Beziehungsweise, es muss halt dann durch ein Verfahren gehen, was das testen soll. Die Einschränkung die wir/ die vor allem die Uni machen könnten, würde sich größtenteils auf formale Aspekte beziehen. Dazu gehören Fragen wie: Sind tatsächlich alle Mitglieder Studierende oder handelt es sich überwiegend um Studierende? Wer sind die mindestens sechs Personen der Hochschulgruppe, deren Namen wir benötigen, da dies für die Raumvergabe erforderlich ist? Diese Aspekte hängen sowohl von uns als auch von der Universität ab und müssen in den Formalien des ausgearbeiteten Konzepts berücksichtigt werden.

Präsidium: Derzeit muss bei jedem Raumantrag einzeln geprüft werden, ob mindestens sechs Mitglieder der Universität dazugehören. Ein Vorteil wäre, dass nach dieser einmaligen Prüfung die Gruppe für ein Jahr oder ein Semester in diesem formalen Punkt freigeschaltet wäre. Danach würde lediglich der Inhalt des Antrags betrachtet. Dies würde den Prozess erheblich beschleunigen, da nicht bei jedem Antrag erneut überprüft werden müsste, ob die angegebenen Matrikelnummern zu immatrikulierten Studierenden gehören.

Gast: Ich sehe da eine große Gefahr für eine krasse politische Einschränkung, vor allem wenn man sich die mögliche konkrete Ausgestaltung eines Anerkennungsverfahrens anschaut. Besteht die Möglichkeit, dass wir ein Anerkennungsgremium für den StuRa gründen, ist alles in Ordnung. Aber dann würde dieses Gremium mit einfacher Mehrheit über die Anerkennung oder Ablehnung entscheiden. Und dann kommt: „Die Universität prüft anschließend ihrerseits die vom Gremium befürworteten Anträge und stimmt diesen zu, wenn keine rechtlichen Gründe dagegen sprechen. Eine Ablehnung muss begründet werden; eine erneute Beantragung der Anerkennung kann [...] aufgenommen werden.“ Ich glaube, ich muss nicht die Ereignisse der letzten sechs Monate wiederholen. Wir haben gesehen, dass die Uni teilweise absurde Behauptungen aufstellt und systematisch Verwirrung über Räume für bestimmte politische Gruppen stiftet. Ich sehe die Gefahr, die in den nächsten Jahren und Monaten droht: mehr repressive Maßnahmen. Wir haben diese an Universitäten und im Bundestag gesehen, die beschlossen worden sind. Ich finde es einen falschen Schritt, wenn wir das einfach so stehen lassen. Wir sollten dafür kämpfen, dass die Uni weniger in unsere politische Freiheit eingreift und uns die Selbstständigkeit und Autonomie gibt, zu entscheiden, welche Gruppen wir unterstützen möchten oder nicht und welche Räume sie bekommen können oder nicht.

Vorstand: Das sind immer noch Räume von der Universität, die wir nicht vergeben können. Ein Verfahren, bei dem wir mehr Einfluss auf die Raumvergabe hätten als derzeit, wäre wünschenswert. Aktuell haben wir effektiv keinen Einfluss, außer dass der Vorstand theoretisch sagen kann: „Bitte macht mal.“ Tatsächlich haben wir jedoch überhaupt keinen Einfluss darauf. Das bedeutet, dass es jetzt auf jeden Fall nicht unbedingt direkt mit einem Verlust an Freiheiten für uns verbunden ist. Natürlich müssen wir bei der Konzeptbearbeitung darauf achten, dass wir dies so gestalten, dass die Universität nicht willkürlich Gruppen ablehnen kann, die eigentlich den Formalien entsprechen. Das wäre ein Punkt, der in dem Arbeitskreis, der jetzt gegründet werden soll, im Konzept ausgearbeitet werden sollte. Generell halte ich es für sinnvoll, wenn wir eine Anerkennung von Hochschulgruppen zusammen mit der Universität erreichen, da wir dadurch sehr vielen Gruppen deutlich einfacher Zugang zu Räumen ermöglichen. Es ist etwas, das aktuell nicht existiert. Das bedeutet nicht unbedingt, dass unsere ideelle Unterstützung, die zwar umstritten ist, unbedingt zurückgenommen werden muss, es sei denn, der StuRa entscheidet sich dazu oder es gibt tatsächlich rechtlich kritische Aspekte, die damit verbunden sind.

MolMed: Müssen dann bereits bestehende Hochschulgruppen nochmal neu anerkannt werden?

Präsidium: Es geht nicht um die Existenz von Gruppen, sondern lediglich um die Anerkennung. Es wurden nie irgendwelche Gruppen anerkannt. Man kann auch ohne Anerkennung existieren. Hochschulgruppen sind nicht darauf angewiesen, anerkannt zu sein. Die Anerkennung dient lediglich dazu, die Raumvergabe zu erleichtern. Wenn man sich bei der Universität rückmeldet und sagt: „Hey, wir existieren noch“, wird man als Gruppe gezählt und nicht als sechs Einzelpersonen, die einen Raum beantragen.

Gast: Hängt die ideelle Förderung davon ab, ob man anerkannt wird oder nicht?

Vorstand: Die ideelle Förderung hat damit überhaupt nichts zu tun. Die Universität sieht die ideelle Förderung in gewissem Maße kritisch, weil sie glaubt, dass dies je nach Gruppe unser hochschulpolitisches Mandat überschreiten könnte. Sie erachtet es als problematisch, dass wir Gruppen einfach so Geld geben, was wir im neuen Wirtschaftsjahr ohnehin nicht mehr direkt tun.

Präsidium: Die ideelle Unterstützung kommt momentan quasi nie zur Anwendung. Es gibt theoretisch die Möglichkeit, dass eine ideell unterstützte Gruppe beim AStA kleine Finanzanträge direkt stellt. Ich glaube, das wurde seit Ewigkeiten nicht mehr genutzt. In der Regel sind die Finanzanträge größer, sodass sie direkt beim StuRa landen. Dadurch hat die ideelle Unterstützung kaum einen Nutzen.

Gast: Ich stimme den Punkten zu, dass es sehr praktisch ist, wenn Gruppen sich einfacher registrieren können und eine Übersichtsliste zur Verfügung steht. Dennoch möchte ich anmerken, dass ich beim Durchlesen der vorhergehenden Informationen den Eindruck habe, dass auch bestimmte Vorschläge von der Universität stammen. Diese Vorschläge, und möglicherweise auch der ursprüngliche Vorschlag selbst, scheinen nicht darauf abzuzielen, Gruppen die Möglichkeit zu geben, einfacher Räume zu erhalten. Vielmehr wirkt es so, als ob ein Raster erstellt wurde, das es der Universität ermöglicht, die drei vage formulierten Punkte als Entscheidungskriterien zu nutzen. Das bedeutet, dass die Universität jederzeit Gruppen ausschließen kann, was zur Folge hat, dass diese Gruppen keine Räume erhalten werden. Aus dieser Perspektive finde ich die Grundidee zwar ansprechend, aber die zusätzlichen Punkte, die ich hier vor mir sehe, lassen mich befürchten, dass die Universität diese Regelung eher dazu nutzen wird, bestimmten Gruppen den Zugang zu Räumen zu erschweren. Ich spreche hier nicht von Einzelpersonen im StuRa, sondern von der Universität, die letztendlich ein gewisses Vetorecht hat. Daher befürchte ich, dass dies nicht dazu führen wird, dass Gruppen es leichter haben, Räume zu bekommen, sondern vielmehr, dass es der Universität erleichtert wird, bestimmten Gruppen den Zugang zu verwehren. Ich freue mich für die Gruppen, die von dieser Regelung profitieren können. Ich hoffe jedoch, dass allen Beteiligten bewusst ist, dass nicht alle profitieren können, sondern dass es wichtig ist, eine Lösung zu finden, die allen Gruppen zugutekommt.

EZW: Ich habe den Eindruck, dass die Diskussion so dargestellt wird, als ob die Anerkennung von Hochschulgruppen dazu dient, die Vergabe von Räumen zu erleichtern. Meines Wissens nach war das jedoch ursprünglich nicht der Zweck. Vielmehr ging es darum, zu verhindern, dass sich jeder beliebig als Hochschulgruppe bezeichnet, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zur Hochschule. In erster Linie hatte das also nichts mit der Raumvergabe zu tun, soweit ich weiß.

Vorstand: Der Begriff „Hochschulgruppe“ ist nicht geschützt. Jeder kann sich ohne Einschränkungen als Hochschulgruppe bezeichnen, selbst Personen, die keine Studierenden sind.

EZW: Das bedeutet also, dass wir mit dieser Anerkennung nicht anstreben, offiziell unterstützte Gruppen zu schaffen, sondern dass es in erster Linie um die Vergabe von Räumen geht?

Vorstand: Genau, es geht unter anderem um die Möglichkeiten, Räume zu erhalten, sowie um die anderen Strukturen, die es gibt. Das sind die denkbaren Privilegien.

MolMed: Ich sehe schon auch das Problem. Ein Satz stört mich, dass ein klarer Bezug zur Uni Freiburg da sein muss. Ich finde die Lebensrealität von Studis gehört nicht nur zur Uni selbst, dazu gehören auch politische Interessen dazu oder gesellschaftspolitische Interessen. Der Satz ist mir auch negativ aufgefallen. Wie definiert man den klaren Bezug zur Uni?

Gast: Ich würde das so interpretieren, dass man Studieren muss. Sobald man studiert hat man ja einen Bezug zur Uni.

Präsidium: Einerseits das und vermutlich was anderes für die Uni machen. Wenn man nur Partei oder als Gruppe Werbung für eine Partei macht, hat das erstmal nichts mit der Uni zu tun. Als Jugendorganisation kann man ja schon eine Hochschulgruppe sein, aber nicht als Partei. Ich nehme an, dass man auch an der Uni was macht.

Jura: Ich habe ein leichtes Störgefühl bei dem Gedanken, dass eine offizielle Akkreditierung von Hochschulgruppen eingeführt wird. Was passiert, wenn eine Gruppe nicht akkreditiert wird? Wie wird die Rolle der nicht anerkannten Gruppen dann wahrgenommen? Wenn es eine Liste mit anerkannten Gruppen gibt und man sieht, dass bestimmte Gruppen nicht darauf stehen, wirft das Fragen auf. Ich finde das problematisch und frage mich, von wem die Initiative zu dieser Akkreditierung ausgeht. Inwieweit haben wir Gestaltungsspielraum? Es sollte klarer definiert werden, welche Kriterien gelten und wie weit der Handlungsspielraum reicht, um zu verhindern, dass die Regelungen zu weit ausgelegt werden können. Zum Beispiel sollte ein klarer Bezug zur Universität gefordert werden. Wenn das bedeutet, dass man immatrikuliert sein muss, sollte das explizit festgehalten werden. Wenn es heißt, dass eine politische Hochschulgruppe wie die Junge Union zu viele parteipolitische Aktivitäten durchführt, könnte man argumentieren, dass das keinen Bezug zur Universität mehr hat.

Präsidium: Die alte Regelung bleibt parallel bestehen; es wäre lediglich eine zusätzliche Regelung.

Geschichte: Soweit ich das verstanden habe, handelt es sich nur um einen Vorschlag, der von uns diskutiert werden kann. Es ist noch nichts Konkretes beschlossen, und wir können unsere Ideen und Bedenken einbringen. Es muss nicht in genau dieser Formulierung festgelegt werden. Soweit ich mich erinnere, war die Initiative zur Akkreditierung von Hochschulgruppen vor etwa einem Jahr entstanden, als im KGIII eine Anti-Abtreibungsgruppe präsent war, die sich als Hochschulgruppe bezeichnete und Räume beantragt hatte. Wir waren der Meinung, dass es nicht akzeptabel ist, dass sie sich Hochschulgruppe nennen und damit Räume beantragen können. Daher haben wir beschlossen, klarer regeln zu wollen, was wir als Hochschulgruppe anerkennen.

Politik: Damals haben wir uns an die Raumvergabe gewandt und gefragt, warum diese christlich problematischen Gruppen im KGIII Flyer verteilen dürfen. Die Raumvergabe hat uns damals mitgeteilt, dass es für sie keinen qualitativen Unterschied zwischen Hochschulgruppen gibt. Wenn sie sich als Hochschulgruppe bezeichnen, werden sie gleich behandelt. Das war die Antwort, die wir erhalten haben. Wir waren auch beim Rektorat und haben gefragt, warum wir diese Gruppen nicht einfach rausschmeißen können.

TF: Das ist nur ein Vorschlag, den die Universität gemacht hat. Ich halte es jedoch für sinnvoll, in diesen Arbeitskreis (AK) einzutreten. Dort können wir daran arbeiten, dass am Ende keine unerwünschten Ergebnisse herauskommen. Wir beschließen das ja nicht sofort.

Vorstand: Ich sehe im aktuellen Vorschlag auch einige Aspekte, die ich gerne verbessert hätte. Ich habe mich bereits mit dem D5 und der Person, die den Vorschlag verfasst hat, zusammengesetzt und verschiedene Punkte eingebracht. Zum Beispiel möchten wir sicherstellen, dass die Daten von Personen, die als Studierende oder Teilnehmende der Universität aufgelistet sind, für die Raumvergabe sicher aufbewahrt werden. Wenn eine Gruppe nicht mehr unterstützt wird, sollen diese Daten zuverlässig vernichtet werden. Wir wollen nicht, dass aktive Mitglieder von Gruppen dadurch in Schwierigkeiten geraten. Ich erkenne auch, dass die Universität versuchen wird,

bestimmte Gruppen auszuschließen, was sie derzeit bereits tut. Insgesamt sehe ich jedoch Potenzial, dass dies uns und vielen Hochschulgruppen positive Veränderungen bringen kann. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, im Arbeitskreis (AK) gemeinsam mit der Universität dafür zu sorgen, dass die Regelungen für uns so vorteilhaft und tragbar wie möglich sind. Wir sollten alle negativen Faktoren so weit wie möglich minimieren. Wie steht ihr dazu? Wollt ihr euch lieber in den Semesterferien oder zu Beginn des nächsten Semesters für dieses Treffen zusammenfinden?

Stimmungsbild: Die Mehrheit möchte sich zu Beginn des neuen Semesters für den AK treffen.

4) Systemakkreditierung (Befassungszeit: 10 Minuten)

Der Bericht wird vorgestellt.

Gast: Um daran teilzunehmen, muss man ein Akkreditierungsseminar absolviert haben?

Gast: Nein, das ist hier nicht erforderlich. Es gibt bereits einige formale Kriterien, aber das gehört nicht dazu. Es werden Leute dabei sein, die sich auskennen, darunter ich und mindestens drei weitere Personen an der Universität Freiburg, die viel Erfahrung in diesem Bereich haben.

MolMed: Kann man anmerken, dass es schade ist, dass Evaluationen erst ab fünf Stück Beachtung finden?

Gast: Das sind Punkte und strukturelle Fragen. Ich glaube, das hat einfach datenschutzrechtliche Gründe. Das ist auch eine Rechtsfrage, darum glaube ich nicht, dass sich daran etwas ändern wird, die Systemakkreditierung geht nicht über andere Rechtstexte. Sowas ist aber schon relevanter Input.

Bio: Wie viele Personen sind in dieser Gruppe, die derzeit studieren? Und wie viele von ihnen haben das Akkreditierungsseminar besucht?

Gast: Die Personen, die angeschrieben wurden, sind der Vorstand, die studentischen Senator*innen, die Senatskommission für Studium und Lehre, das Präsidium und zwei Mitglieder des Direktoriums. Ich weiß von drei Personen, die im studentischen Systemakkreditierungspool sind.

Präsidium: Es findet ja noch ein Seminar in Freiburg statt, und zwar im Mai.

Gast: Im Selbstbericht geht es darum, ob es noch Kommentare von uns Studierenden gibt, die darauf hinweisen, dass der Bericht nicht vollständig ist. Es ist eine Vorgabe, dass bei der Erstellung des Selbstberichts Studierende beteiligt sein müssen. Theoretisch könnte man den Bericht im Senat zur Abstimmung bringen und sagen, dass dort Studierende sitzen, und das wäre dann ausreichend. Das ist jedoch nicht genau spezifiziert. Das Qualitätsmanagement (QM) in Freiburg hat jedoch klargestellt, dass sie möchten, dass Studierende aktiver in den Prozess eingebunden werden. In dieser Form haben Studierende die Möglichkeit, den Bericht einfach zu kommentieren. Das Programm für das Akkreditierungsseminar im Mai kann, glaube ich, nicht stattfinden, sondern erst danach. Es wird jedoch eine Schulung von einer unabhängigen Agentur geben. Diese wird in einem kürzeren Verfahren durchgeführt. Evtl. werden wir intern unsere Erfahrung weitergeben, je nachdem wie groß das Interesse ist.

Anglistik: In dem Systemakkreditierungsseminar wird man also nur darauf vorbereitet, wie man diesen Bericht schreibt? Wofür ist das überhaupt gedacht?

Gast: Die Seminare sind eigentlich dazu da, dass Studierende auch an anderen Hochschulen und Studiengängen begutachten können. Ich bin zum Beispiel auch an anderen Hochschulen unterwegs und schaue mir dort Studiengänge an. Es werden immer Leute gesucht, die daran teilnehmen. Das ist tatsächlich ganz spannend und wird auch mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung vergütet. Dadurch erhält man einen umfassenden Hintergrund und lernt viel über die rechtlichen Rahmenbedingungen, was wiederum hilfreich ist, wenn man sagt: „Hey, meine Uni wird gerade begutachtet, wie kann ich mich da sinnvoll einbringen?“ Das Seminar ist ursprünglich konzipiert worden, um auch darüber hinaus als Gutachter*in tätig zu sein. Es gibt zudem ein kürzeres Verfahren mit einer anderen Agentur, das für die Einschätzung in einer Gesprächsrunde genutzt wird.

E-Mail: Bis 25. März noch erreichbar, dann liest Julian keine Mails mehr: julian.uni@posteo.de

TOP 2 Abstimmungen

1) David D. (SWFR-Verwaltungsrat)

2) Demonstration zum feministischen Kampftag am 8. März (8. März-Bündnis)

Beantragt sind **1702,85€** aus dem **Gruppenunterstützungsbudget**, in diesem

befinden sich noch **9.568,60€ von 12.168,60€** für dieses **Quartal (4. Quartal 24/25)**.

Anm. Prä.: Da weder die Sitzung beschlussfähig war noch genug Abstimmungsübersichten eingegangen sind, werden die Abstimmungen wiederholt.

TOP 3 Bewerbungen

1) Lea S. (SVB-Gremium) (Befassungszeit: 5 Minuten)

Die bewerbende Person stellt sich vor.

Keine Rückfragen.

Aussprache in Abwesenheit.

- Zum Kontext: Lea ist schon länger dabei und ein wichtiger Teil des Gremiums. Wir brauchen sie wieder im Team und suchen noch mehr Leute, die sich engagieren. Wenn ihr etwas außerhalb des StuRas machen wollt, das weniger stressig ist, kommt ins SVB-Gremium.

- Lea ist jetzt seit einem Jahr dabei. Sie hatte vergessen, sich zu bewerben. Momentan sind wir sechs Personen, aber wir könnten bis zu zwölf Mitglieder sein. Das wäre eine gute Verstärkung für unser Team.

TOP 4 Sonstige Anträge

1) *Umgang mit Brief der israelitischen Gemeinde (Befassungszeit: 15 Minuten)*

Der Antrag wird vorgestellt.

Gast: Ich habe einige Punkte, die ich ansprechen möchte. Erstens sollten wir nicht zulassen, dass Menschen oder Gruppen aus dem StuRa offensichtlich diffamiert werden. Zum Beispiel wird SfP als antisemitische Gruppe diffamiert, und auch unser Referat gegen Rassismus wird in diesem Zusammenhang erwähnt. Ich finde es äußerst problematisch, dass der Beschluss einer antipalästinensischen Rassismusdefinition als trauriger Höhepunkt des vergangenen Jahres bezeichnet wird.

Philosophie: Die Diskussion sollte strukturiert sein, und ich würde vorschlagen, die angesprochenen Punkte in drei Kategorien zu unterteilen. Der erste Punkt betrifft die antipalästinensische Rassismusdefinition. Hier ist die offensichtliche Frage, ob wir diese Definition zurückziehen oder ändern sollten oder was damit passiert. Der zweite Punkt ist der Vorwurf, dass wir antisemitischen Stimmen eine Plattform bieten, indem wir ihnen Gehör schenken. Hierbei ist zu beachten, dass nicht alle Stimmen, die gegen Israel sprechen, automatisch antisemitisch sind. Zudem können wir nicht einfach Personen aus dem StuRa ausschließen. Studierende haben das Recht, hier zu sprechen, insbesondere gewählte Vertreter*innen. Man kann dem StuRa nicht vorwerfen, dass er beispielsweise SfP nicht ausgeschlossen habe, da er das nicht kann, unabhängig davon ob er das sollte oder nicht. Der dritte Punkt, der für mich fast der wichtigste ist, betrifft den Vorwurf, dass spezifisch jüdische Studierende ausgeschlossen wurden. Ich bin mir nicht sicher, auf welchen konkreten Fall sie sich beziehen. Falls es einen spezifischen Fall gibt, dann müssen wir uns darum kümmern. Das bedeutet, dass wir eine Rückfrage zu diesem speziellen Fall stellen sollten. Möglicherweise beziehen sie sich auf das Referat gegen Antisemitismus, in dem vor einem Jahr eine Person tätig war, die nach relativ kurzer Zeit aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem StuRa und dem Referat wieder gegangen ist. Es ist wichtig, klarzustellen, was genau gemeint ist. Das sind die drei Punkte, die wir festhalten und auf die wir antworten sollten, und das sind auch die drei Antworten, die wir darauf haben sollten.

Jura: Ich möchte betonen, dass hier Gruppen oder Personen direkt als antisemitisch abgestempelt wurden. Wir sollten darauf eingehen und klarstellen, dass wir dem nicht grundsätzlich zustimmen können und wollen. Es ist uns wichtig, dass unsere eigenen gewählten Gruppen nicht framen lassen wollen. Ganz gleich welche Anschuldigungen da vorgetragen wurden.

Gast: Es werden inhaltliche Punkte kritisiert, die jedoch nicht konkret benannt werden. Im Brief wird beispielsweise behauptet, dass diese Definition geschichtsrevisionistisch sei. Setzt man sich mit den Artikeln der israelitischen Gemeinde auseinander, wird deutlich, was damit gemeint ist. Die israelitische Gemeinde hat einen umfangreichen Text von 60 Seiten mit dem Titel „Der Mythos Nakba“ veröffentlicht, in dem unter anderem behauptet wird, dass die palästinensische Identität vor den 1950er Jahren nicht existiert habe. Zudem wird die Zahl der geflüchteten Menschen von 1998 nicht mit 700.000, sondern mit 300.000 angegeben. Es wird auch argumentiert, dass viele dieser Menschen teilweise freiwillig gegangen seien. Das ist ihre Version der Geschichte. Wenn man die vorgebrachten Kritiken genauer betrachtet, wird schnell klar, dass sie nicht haltbar sind. Es ist wichtig zu betonen, dass es viele Beschlüsse gibt, die man kritisieren kann. Nur weil eine

Außenseite, die im StuRa nicht vertreten ist, eine Kritik äußert, ist das noch lange kein Grund, das Thema auf die Agenda zu setzen. Man hätte auch einfach sagen können: „Die Studierendenschaft hat das beschlossen, und wir werden auf keinen Fall einen Antrag mit konkreten Forderungen stellen oder dagegen vorgehen.“

MolMed: Wir sollten in dem Brief darauf eingehen, dass im Schreiben erwähnt wird, dass sich jüdische Studierende an der Universität unwohl fühlen. Es kann nicht sein, dass sich Menschen an unserer Universität nicht wohlfühlen. Ebenso kann es nicht sein, dass auf Toiletten antisemitische Sprüche geschmiert werden. Leute, reißt euch bitte zusammen! Kritik an Israel kann ich gut nachvollziehen, aber es muss nicht eskaliert werden. Ich habe die Diskussion auch auf Instagram verfolgt – einige Posts waren einfach echt scheiße. Ich habe wenig Lust, als StuRa unseren Stempel auf ein Logo zu setzen, wenn die HSG, die wir unterstützen und die sich für Palästina und gegen palästinensische Diskriminierung einsetzt, gleichzeitig auf ihrem eigenen Instagram-Account Hass und Hetze verbreitet. Das kann nicht sein, und darauf habe ich keine Lust, und meine gesamte Fachschaft auch nicht. Wir müssen darüber sprechen und klarstellen, dass wir gegen solche Äußerungen sind, aber gleichzeitig auch unsere Unterstützung bis zu einem bestimmten Punkt anbieten.

Präsidium: Eine kurze Anmerkung: SfP wird nicht mehr ideell unterstützt. Da bei der Wahl eine Wahlliste mit demselben Namen angetreten ist, wird die ideelle Unterstützung entzogen, um keine Werbung für diese Liste zu machen.

Vorstand: Wir haben beschlossen, dies als Vorstand einzubringen, da wir Vorwürfe von Diskriminierung, Antisemitismus, Rassismus und ähnlichen Themen ernst nehmen müssen. Die israelitische Gemeinde repräsentiert einen Teil der jüdischen Gemeinschaft, zu der auch einige jüdische Studierende gehören. Da diese Vorwürfe von Betroffenen geäußert werden, haben wir sie in den StuRa eingebracht, um sicherzustellen, dass wir solchen Anliegen auf jeden Fall die nötige Aufmerksamkeit schenken, weil wir solche Vorwürfe auf jeden Fall ernst nehmen.

Gast: Vielen Dank an die Philosophie für die Zusammenfassung vorhin. Vollständigkeitshalber möchte ich anmerken, dass die Person, die sich damals mit dem StuRa zerstritten hat, auch Konflikte mit dem Referat gegen Antisemitismus hatte. Es ist auf jeden Fall wichtig, darauf einzugehen, dass sich Menschen diskriminiert und unwohl fühlen. Ehrlich gesagt weiß ich selbst nicht genau, wie wir darauf reagieren sollen, als zu sagen - wir nehmen diese Wahrnehmungen ernst und möchten Verbesserungen anstreben. Persönlich wüsste ich jedoch nicht, was konkret verbessert werden könnte. Zudem wollte ich darauf hinweisen, dass es wahrscheinlich nicht hilfreich ist, eine Gruppe pauschal mit verschiedenen Begriffen zu bezeichnen, da dies nicht dazu beiträgt, dass sich diese Menschen sicherer fühlen.

EZW: Ich stimme MolMed zu. Wir haben darüber nachgedacht, das Ganze auf eine Metaebene zu heben. Im Sinne davon, dass wir hören, dass sich Menschen unwohl fühlen, und dass wir das auf jeden Fall ändern wollen. Die Frage wäre, wenn wir jetzt wirklich darüber diskutieren was wir antworten, wer verfasst die Antwort? Macht der Vorstand das? Muss sich irgendjemand dazu berufen fühlen?

Vorstand: Wenn ihr uns sagt, in welche Richtung ihr inhaltlich antworten möchtet, kann die konkrete Ausarbeitung auch vom Vorstand übernommen werden. Wir sind hier, um die Dinge umzusetzen, die der StuRa beschließt. Natürlich könnt ihr auch entscheiden, dass Privatpersonen etwas schreiben und dass dann vom StuRa abgestimmt wird.

EZW: Können wir auch die israelitische Gemeinde einladen und fragen, wie wir in einen konstruktiven Dialog treten können? Ich glaube, es bringt wenig, wenn wir inhaltlich auf alles eingehen und dann wieder eine E-Mail schicken, die viel Interpretationsspielraum lässt. Stattdessen sollten wir sagen: „Wie können wir gemeinsam daran arbeiten, dass sich hier alle wohlfühlen?“ Ich denke, dass wir dabei unser gemeinsames Ziel aus den Augen verlieren. Wir sprechen oft über den Nahostkonflikt, und ich verstehe, dass das ein wichtiges und berechtigtes Anliegen ist. Aber wenn wir uns hier streiten und Menschen nicht mehr kommen und mitdiskutieren, hilft das weder den Menschen in Palästina, im Gazastreifen, noch denjenigen in Israel, die nicht hinter der Regierung stehen. Ich würde vorschlagen, die Punkte zusammenzutragen: Wir haben wahrgenommen, dass sich bestimmte Menschen hier nicht sicher fühlen, und gleichzeitig sollten wir klarstellen, dass wir hinter der Definition gegen antipalästinensischen Rassismus stehen. Die Frage ist, wer sich darum kümmern kann. Traut sich jemand, diese Aufgabe zu übernehmen? Müssen wir darüber abstimmen, oder sollte sich dafür ein Arbeitskreis bilden?

Philosophie: In unserer Antwort sollten wir nicht zu defensiv auftreten, denn es ist offensichtlich, dass wir ein Problem in unserer Diskussionskultur haben, das sich zu einem größeren Problem entwickelt hat. Wir sollten nicht sagen: „Oh, SfP sind böse, und wir mögen sie nicht“ – das ist nicht meine Absicht. Vielmehr sollten wir klarstellen, dass es keine Identität zwischen SfP und dem StuRa gibt. Es handelt sich um zwei verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Meinungen und Ansichten, die auch nicht ohne Gegenrede bleiben. Die Frage ist, ob wir uns explizit von unserem Referat gegen Rassismus distanzieren sollten. Den Punkt unkommentiert zu lassen, könnte diplomatisch sinnvoll sein. Ansonsten stellt sich die Frage, wie wir den Antrag gestalten wollen. So wie ich es verstehe, ist das derzeit kein Antrag, der abgestimmt werden kann. Soll es Änderungsanträge geben?

Vorstand: Ich würde sagen, dass dies mit Änderungsanträgen geregelt wird. Alternativ könnten natürlich auch eigene Anträge eingebracht werden, was jedoch wieder länger dauern würde, es sei denn, wir stellen einen Eilantrag oder behandeln es in der nächsten Sitzung. Generell war das Ziel, warum wir das so offen gestaltet haben, dass wir als Vorstand nicht die Aufgabe haben, euch vorzuschreiben, was ihr entscheiden sollt. Deshalb haben wir den Antrag sehr offen gehalten. Ihr könnt Änderungsanträge einbringen, und wir werden diese im Zweifelsfall alle akzeptieren. Das Referat gegen Rassismus ist derzeit unbesetzt, und es handelt sich dabei nur um unser altes Referat, das wir natürlich verteidigen können.

Gast: Wir sollten uns überlegen, in welcher Konstellation wir auf den Brief antworten. Ich finde es schwierig, hier eine Formulierung zu finden. Deshalb haben wir kurz darüber diskutiert, ob wir einen externen Arbeitskreis bilden sollten.

Präsidium: Wenn die Antwort vom StuRa kommen soll, müsste sie ohnehin noch einmal abgestimmt werden. Zunächst geht es darum, eine Grundantwort zu formulieren, wie wir darauf reagieren wollen.

Vorstand: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie wir vorgehen können, sei es durch den Aufbau eines Arbeitskreises, das Ignorieren der Situation oder andere Ideen, die ihr habt.

Gast: Habt ihr die E-Mail von der „Jüdischen Stimme“ bezüglich des Nahen Ostens erhalten? Die sollte heute hier öffentlich vorgelesen werden.

Präsidium: Ich habe keine E-Mail erhalten.

Vorstand: Sie kam um 17:37 Uhr an. Ich hatte leider nicht die Zeit, mich damit zu beschäftigen oder sie überhaupt durchzulesen.

Gast: Ein Änderungsantrag könnte so heißen: Der StuRa möge beschließen, dass sich diese Gruppe von Menschen zusammensetzt, um eine Antwort auf diesen Brief zu formulieren. Zweitens, wenn ich das richtig verstehe, wird sich das alles im Moment ziehen. Aufgrund meiner Erfahrungen mit Menschen ist es wahrscheinlich wichtig, dass wir nicht erst im nächsten Semester darauf reagieren. Ich schlage vor, dass wir zunächst eine kurze E-Mail schreiben, in der wir mitteilen, dass wir das wahrgenommen haben und daran arbeiten. Wir sollten jedoch auch klarstellen, dass wir als Körperschaft nicht so schnell sind und dass wir euch antworten werden, sobald wir dazu in der Lage sind.

Vorstand: Dazu kann ich direkt sagen, dass wir bereits vor Ablauf der Frist eine solche E-Mail verfasst und verschickt haben, in der wir bestätigen, dass wir uns mit dem Thema beschäftigen werden.

MolMed: Ich denke, wir sind uns einig, dass jeder hier das Recht hat, zu sprechen. Wir sind ein demokratisches Gremium. Es wäre hilfreich, wenn die genauen Ausschlüsse klar benannt werden, damit wir diese Punkte weiter untersuchen können. Zudem sollten wir festhalten, dass wir es ernst nehmen, dass sich jüdische Studierenden unwohl fühlen und dass die Definition derzeit in Bearbeitung ist. Ich finde, wir könnten diese Punkte bereits in einem Schreiben zusammenfassen und versenden.

Präsidium: Alternativ könnten wir einen Änderungsantrag formulieren: „Der StuRa möge beschließen, ein Antwortschreiben zu verfassen, das die folgenden Punkte umfasst.“

GO-Antrag: Änderungsantrag: Die Anmerkungen von MolMed sollten als Grundlage für das Antwortschreiben dienen. Ihr Beitrag könnte als roter Faden fungieren.

Vorstand: Ich kann das auch als Änderungsantrag annehmen. Wenn es jedoch keine Gegenrede gibt, kann ich das Schreiben auch ohne formellen Änderungsantrag versenden, um eine Verzögerung von einem Monat zu vermeiden. Ich halte die Stimmen hier nicht für so kritisch, dass wir auf eine Abstimmung warten müssen. Allerdings scheint es, als ob es doch Gegenrede gibt.

Philosophie: Ich möchte keine Gegenrede einlegen. Ich finde es wichtig in dem Schreiben klarzustellen, dass wir nicht mit SfP gleichzusetzen sind – SfP stimmt nicht in allen Punkten mit

dem StuRa überein. Daher sollte dies im Kontext klar kommuniziert werden, um Missverständnisse zu vermeiden.

Gast: Was genau soll geschrieben werden?

MolMed: Ich habe einige Punkte zusammengefasst. Wir können SfP und andere Gruppen nicht einfach aus dem StuRa ausschließen, da jeder das Recht hat, hier zu sprechen. Wir bitten um die Benennung der spezifischen Diskriminierungen oder Ausschlüsse, damit wir diese Themen weiter untersuchen können. Wir nehmen es ernst, dass sich jüdische Studierenden derzeit unwohl fühlen. Zudem ist die kritisierte Definition, die zur Diskussion steht, aktuell im StuRa in Bearbeitung. Schließlich sollten wir klarstellen, dass der StuRa nicht mit SfP gleichzusetzen ist.

Philosophie: Der StuRa hat nicht die technische Möglichkeit, dies zu tun. Der Ton des Briefes vermittelt den Eindruck, dass der gesamte StuRa als antisemitisch angeklagt wird, weil eine antisemitische Stimme innerhalb des StuRa toleriert werde.

GO-Antrag: Ich beantrage, den anderen Antrag zu verschieben, damit wir den letzten Antrag noch abschließen können.

Inhaltliche Gegenrede: Der Antrag wurde schon einmal verschoben. Ich möchte zumindest darüber diskutieren.

Dafür: 12

Dagegen: 1

Der Antrag wird vertagt.

Vorstand: Wenn das eine schnelle Antwort sein soll und wir uns inhaltlich damit noch weiter beschäftigen möchten, dann macht es jetzt wenig Sinn, alle Details zu diskutieren und Punkte in den Brief aufzunehmen, die nicht unbedingt sofort relevant sind.

Gast: Die Definition ist nicht in Bearbeitung. Wir haben den Antrag abgestimmt. Einen Antrag zur Rücknahme oder Änderung haben wir nicht beschlossen. Deswegen würde ich das in die Antwort nicht miteinbeziehen.

Gast: Diese Frage sollten wir an die Antragsteller richten. Was genau war der zweite Antrag? Der erste schließt den nächsten Antrag ja mit ein. Wir müssen klarstellen, dass noch nicht beschlossen wurde, dass die Definition bearbeitet werden muss. Eine Distanzierung von SfP ist nicht notwendig, da die Situation klar ist, und eine Distanzierung wirkt defensiv.

Bio: Ich finde die Formulierung von MolMed sehr neutral. Es geht nicht um eine persönliche Meinung, sondern darum, wie der StuRa funktioniert.

Vorstand: Ohne einen Beschluss werde ich nur formale Punkte ansprechen. Ich werde mich persönlich nicht ohne vorherigen Beschluss von irgendwelchen Gruppen distanzieren. Das ist etwas, das ich nicht eigenständig tun kann. Wenn wir das ohne Beschluss tun, sollten wir inhaltlich festhalten, dass wir uns mit dem Thema befassen. Es geht nicht darum, einen Beschluss gegen antipalästinensischen Rassismus zu fassen, sondern darum, wie wir mit der Situation umgehen wollen.

Gast: Eine Distanzierung gab es bereits. Der StuRa hat sich von dem Statement distanziert, das auf dem Instagram-Account gepostet wurde.

Vorstand: Alle Vorschläge, die nicht unbedingt direkt politisch sind, werden in den Brief aufgenommen.

Philosophie: Es wäre besser, dies mit einer Umlaufabstimmung zu machen, damit tatsächlich der StuRa hinter dem Schreiben steht. So können wir zeigen, dass wir das ernst nehmen. Ja, wir haben einen abgestimmten Brief des StuRa, und das signalisiert, dass wir die Angelegenheit ernst nehmen.

Nachtrag: Ergebnis der Umlaufabstimmung:

Abstimmung: "Umgang mit Brief der israelitischen Gemeinde"

Das folgende Ranking wurde abgestimmt:

1. Gruppe
 - Umgang mit Brief der israelitischen Gemeinde
2. Gruppe
 - Nein

Übersicht über die Abstimmungsgegenstände:

Nr.	Option	% der Stimmen vor Nein
1	Umgang mit Brief der israelitischen Gemeinde	84.44
2	Nein	0.00

2) Rücknahme Definition zu antipalästinensischem Rassismus (Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Antrag wird vertagt.

3) Umwidmungsantrag 2025 (zentral) - Projekt 'Feminist Horror' (SVB-Gremium) (Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Antrag wird vorgestellt.

Keine Rückfragen.

Nachtrag: Ergebnis der Umlaufabstimmung:

Abstimmung: "Umwidmungsantrag zentrale SVB-Mittel: „Feminist Horror“ (SVB-Gremium)"

Das folgende Ranking wurde abgestimmt:

1. Gruppe
 - Umwidmungsantrag zentrale SVB-Mittel: „Feminist Horror“ (SVB-Gremium)
2. Gruppe

- Nein

Übersicht über die Abstimmungsgegenstände:

Nr.	Option	% der Stimmen vor Nein
1	Umwidmungsantrag zentrale SVB-Mittel: „Feminist Horror“ (SVB-Gremium)	95.56
2	Nein	0.00

4) Kompetenzverschiebung der Restmittelvergabe für das SVB-Gremium (SVB-Gremium) (Befassungszeit: 15 Minuten)

Der Antrag wird vorgestellt.

MolMed: Wer würde den Vergabe Vorschlag machen, ihr als SVB Gremium?

SVB: Ja, so wie immer. Den Vergabe Vorschlag macht das SVB Gremium, der würde dann nochmal im StuRa abgestimmt werden und dann erst vors Rektorat gehen. Salopp gesagt, der wird eh immer abgestimmt. Das geht sowieso immer an die UB oder an das Rechenzentrum.

MolMed: Und wie entscheidet ihr euch? Haltet ihr Rücksprache mit dem Rechenzentrum oder der UB?

SVB: Normalerweise gibt es bestimmte Reststumen die auf alle drei Institutionen aufgeteilt werden. Die reichen dann verschiedene Maßnahmen ein die sie gerne finanziert hätten: Bücher oder neue Laptops, alles Mögliche. Dieses Jahr ist ein Gespräch mit allen drei Beteiligten geplant. Die Restsummen fallen relativ gering aus.

Gast: Ich finde das inhaltlich sinnvoll. Ich erinnere mich nur daran, dass vor einigen Jahren gesagt wurde, dass wir das nicht dürfen. Formal muss der StuRa zustimmen. Ich würde vorschlagen, dass wir das nochmal überprüfen. Ich erinnere mich, dass das früher mal ein Argument war, aber vielleicht stimmt das auch einfach nicht.

SVB: Das können wir gerne machen. Wir hatten letzte Woche ein Gespräch mit dem Rektorat, und sie haben uns nochmals nahegelegt, dass das zeitlich weniger stressig ist.

Präsidium: Ich hätte einen Zwischenschritt im Sinn. Ihr könntet das umsetzen, aber danach sollte es eine Berichtspflicht geben, verbunden mit einem Vetorecht. Das bedeutet, der StuRa könnte sich dagegen aussprechen. Es wäre natürlich etwas absurd, wenn ihr bereits alles eingereicht habt und dann erst das Vetorecht greift. Ihr könntet alles rechtzeitig einreichen und müsstet dann lediglich berichten, was ihr gemacht habt.

SVB: Das können wir auf jeden Fall machen, dass wir hier transparent vorstellen, wie wir die Verteilung gestalten und welchen Vorschlag wir einbringen. Letztendlich liegt es jedoch nicht in unserer Kompetenz, die endgültige Entscheidung zu treffen. Der Vorschlag geht dann durch das Rektorat, wo er endgültig beschlossen wird. Wir erstellen den Vorschlag und müssen dabei

priorisieren. Die Entscheidung liegt letztendlich bei ihnen, basierend auf den Prioritäten, die sie setzen. Das unterscheidet sich von der Vergabe des Vorschlags. Bei der Restmittelvergabe kann es zu Abweichungen kommen, und wir müssen gegebenenfalls wieder ein Umlaufverfahren beantragen.

Präsidium: Der GO-Antrag muss begründet werden.

GO-Antrag: Beide Anträge sollen gesammelt im Umlaufverfahren abgestimmt werden. Wir müssen die Fristen für den Zeitraum einhalten, die jetzt anstehen.

Ohne Gegenrede angenommen.

Wiederholung Feststellung der Beschlussfähigkeit : 17

Die Sitzung ist weiterhin nicht beschlussfähig.

Nachtrag: Ergebnis der Umlaufabstimmung:

Abstimmung: "Kompetenzverschiebung Restmittelvergabe (SVB-Gremium)"

Das folgende Ranking wurde abgestimmt:

1. Gruppe
 - Kompetenzverschiebung Restmittelvergabe (SVB-Gremium)
2. Gruppe
 - Nein

Übersicht über die Abstimmungsgegenstände:

Nr.	Option	% der Stimmen vor Nein
1	Kompetenzverschiebung Restmittelvergabe (SVB-Gremium)	95.56
2	Nein	0.00

TOP 5 Recap, Termine und Sonstiges

1) Ämter in der VS und der Universität

Eine Liste mit allen zu besetzenden Ämtern findet ihr unter

<https://www.stura.uni-freiburg.de/mitmachen/ausschreibungen>. Bewerbungen sind per Mail an

bewerbung@stura.org zu richten, die entsprechenden Formulare gibt es ebenfalls auf der Stura-

Website unter https://www.stura.unifreiburg.de/gremien/studierendenrat/neu_antragsformular_stura

Wir suchen baldmöglichst zwei Mitglieder für den Vorstand, sodass dieser weiterhin gut arbeitsfähig ist. Der jetzige ist mit zwei Mitgliedern nur zur Hälfte besetzt, also bewerbt euch gerne oder spricht Benny und Chris bei Interesse an oder schreibt ihnen an

vorstand@stura.org. Dasselbe gilt für das Präsidium, da auch eine Stelle frei ist. Bitte bewerbt euch auch hier oder schreibt uns bei Interesse an (praesidium@stura.org).

Wenn ihr Fragen habt oder euch unsicher seid, ob der Job etwas für euch ist, sprecht uns gerne jederzeit einfach an! Wenn wir die obigen Positionen nicht besetzen können, wird die Arbeit in der VS sehr schwierig oder es kommt zu großen Einschränkungen, was gerade im Hinblick auf unseren Einsatz für und die Durchsetzung von studentischen Interessen äußerst problematisch ist.

Die Sitzung endet um 19:54 Uhr